



15. Heft | 29. Juli 1909

MAX MAURENBRECHER · BÜLOW

ZUM erstenmal seit Bismarcks Abgang hat ein Kanzlerwechsel stattgefunden, bei dem offen gesagt worden ist, dass lediglich politische Motive bei ihm massgebend waren. Sonst war es Sitte gewesen die üblichen Gesundheitsverhältnisse in den offiziellen Kundgebungen als Grund des Rücktritts eines Ministers zu nennen. Nur Bismarck hatte es seinerzeit verschmäht diesen Ausdruck zu brauchen. Aber Bismarck ging, weil zwischen ihm und dem Kaiser unausgleichbare Gegensätze sich aufgetan hatten. Seine Entlassung war ein Akt monarchischer Regierungsgewalt, von der das Parlament sogar die Tatsache erst nachträglich erfuhr, und von der die Gründe in offiziellen Regierungskundgebungen bis zum heutigen Tage der Bevölkerung noch nicht mitgeteilt sind. Was man darüber weiss, hat man aus Bismarckschen und Hohenloheschen Privatveröffentlichungen erfahren. Fürst Bülow ist der erste Kanzler des Deutschen Reichs, der seinen Rücktritt öffentlich vorher für einen bestimmten Fall in Aussicht gestellt hat und ihn nun, wo dieser Fall eingetreten ist, auch vollzieht. Und zwar ist aller Nachdruck darauf zu legen, dass es sich hier, vielleicht zum erstenmal in der deutschen Geschichte, nicht um eine Differenz zwischen Kaiser und Kanzler sondern um einen Bruch zwischen Minister und Parlamentsmehrheit handelt. So merkwürdig es klingt, so sehr wir gewöhnt sind über Verstärkung des Absolutismus zu schreien, so stark muss in diesem Augenblick doch betont werden, dass die Macht der Parlamentsmehrheit in Preussen-Deutschland sich noch niemals so stark gezeigt hat wie eben jetzt. Der Reichskanzler ist gegangen, weil er den von der Mehrheit des Parlaments gewollten Weg bei der Reichsfinanzreform nicht mitmachen wollte, und weil der Bundesrat die Verantwortung nicht übernehmen wollte den Kampf gegen diese Mehrheit zu wagen.

Es ist in der Politik immer ein Fehler, wenn man Schlagworte wählt, die auf die bestimmte Situation nicht passen. So ist es im gegenwärtigen Augenblick geradezu kindisch von einem Sieg des Absolutismus und des persönlichen Regiments, von einem Wechsel in der Gesindestube und ähnlichem mehr zu reden. Die wirkliche Pointe der gegenwärtigen Lage liegt vielmehr darin, dass die sozialistischen und liberalen Teile des Volks, die in der Bevölkerung selbst mit Einrechnung der Nationalliberalen mehr als die Hälfte ausmachen,

im Parlament nur eine hoffnungslose Minderheit sind. Das einzige Problem der inneren Politik liegt in der Frage, wie auf grund des heutigen Reichstagswahlrechts diese Minderheit im Parlament nicht nur die Mehrheit in der Bevölkerung sondern auch die Mehrheit im Parlament selbst für sich gewinnen kann. Wir werden nicht hoffen dürfen eine Veränderung der jetzigen Einteilung der Reichstagswahlkreise zu erhalten, solange nicht die demokratischen Teile des Volks auch bei der jetzigen Verteilung der Wahlkreise die Mehrheit für sich gewonnen haben. Diese Mehrheitsgewinnung ist für uns die Frage des Tages und nicht nur des Tages sondern des nächsten Jahrzehnts. Es ist diejenige Frage, die die Verwirklichung des nächsten Schrittes der Arbeiterklasse zur politischen Macht in sich enthält. Man verdunkelt sich diese Situation, man lenkt die Aufmerksamkeit von dieser einen alles beherrschenden Frage ab, man schläfert die politische Energie der Bevölkerung ein, wenn man in diesem Augenblick sagt die Bekämpfung des Absolutismus sei die wichtigste Aufgabe des gegenwärtigen Moments. Wir haben keinen Absolutismus in dem Sinn, in dem er in Preussen noch in der Konfliktzeit der sechziger Jahre bestand. Damals hielt der König seinen Minister, entgegen dem ausgesprochenen Willen der Mehrheit des Parlaments. Damals regierte der Minister gegen die ausgesprochenen Wünsche und gegen die ausdrücklich gefassten Beschlüsse der Kammer. Das war Absolutismus; für diese Situation hat das Wort seinen vernünftigen Sinn. Auch als Wilhelm II. den Fürsten Bismarck entliess, war dieser Akt wiederum lediglich seinem persönlichen Willen und seinem persönlichen Gegensatz gegen den Kanzler entsprungen. Man kann auch das noch Absolutismus nennen, obgleich formell kein Punkt der Verfassung dabei verletzt worden ist. Aber was wir heute erlebt haben, zeigt ein ganz anderes Gepräge, zeigt, dass die konservativ-klerikale Mehrheit über Kanzler, Kaiser und Bundesrat gleichzeitig gesiegt hat. Es ist sinnlos diese Situation mit dem Wort *Absolutismus* bezeichnen zu wollen. Und es ist geradezu gefährlich, weil es den politischen Sinn der Bevölkerung einschläfert anstatt ihn zu wecken. Gegen den Absolutismus könnte nur eine Revolution helfen. Und da eine solche im heutigen Deutschland wohl ferner ist als je, so wirkt die Konstatierung des Absolutismus nur in dem Sinn, dass die grosse Mehrzahl der Bevölkerung murrend und resignierend sich in das Unvermeidliche fügt. Lautet aber die Parole, dass es eine parlamentarische Mehrheit zu stürzen gilt, so ist es möglich, dass wir bei den nächsten Reichstagswahlen auf der ganzen Linken die Entschlossenheit und das Verständnis gewinnen, die zu einer solchen Aktion Voraussetzung sind, die aber auch ihren Erfolg garantieren.

Es wird manchem unter uns schwer sein, nachdem er sich ein Menschenalter hindurch über die unfertigen und scheinkonstitutionellen Zustände in Deutschland beklagt hat, auf einmal die Tatsache zuzugestehen, dass wir, ohne es selber zu merken, an ein parlamentarisches Regiment herangekommen sind. Aber es ist nun einmal in der Geschichte nicht anders. Es ist eine irriige Annahme, dass alle politischen Umwälzungen nur in grossen, dramatisch bewegten, weithin sichtbaren Aktionen verliefen. Vielleicht kann man sogar sagen, dass nur die Minderheit grosser Umwälzungen sich in diesen Formen vollzieht. Jedenfalls haben wir die Tatsache vor uns, dass der Anfang des Parlamentarismus in Deutschland auf leisen Sohlen ganz wie von selber gekommen ist, ja sogar in einem Augenblick kam, wo die demokratischen, konstitutionellen

Parteien ihn nicht einmal wünschten. Das darf uns nicht hindern zuzugestehen, dass, rein formalpolitisch betrachtet, hier ein gewaltiger Fortschritt liegt. Was heute den anderen geglückt ist, wird bei einer anderen Zusammensetzung der Mehrheit auch uns nicht unmöglich sein. Wenn es wahr ist, dass der Bundesrat auch Igel verschluckt, um zu seinem Geld zu kommen, so würde er trotz seiner heutigen Proteste auch eine Reichserbschaftssteuer nach englischem Muster nicht ablehnen, wenn sie ihm 500 Millionen Mark einbringt, und wenn er die Unmöglichkeit einsieht durch eine Reichstagsauflösung zu einer anderen Steuer zu kommen, die ebensoviel liefert. Es ist nur eben die Frage, ob es möglich ist für eine solche Steuer im Parlament eine Mehrheit zu finden, die mit der selben rücksichtslosen Entschlossenheit vorgeht wie die jetzige Mehrheit es tat, und die ausserdem die übergrosse Mehrzahl der Bevölkerung hinter sich hat. Diesen Zustand zu schaffen, das muss immer wieder gesagt werden, ist das politische Problem, vor dem wir stehen.

Fürst Bülow geht, weil er mit den Konservativen in Konflikt kam. Er legt Wert darauf diese Tatsache so scharf und so eindringlich wie möglich zu sagen. Nicht nur das Interview, im *Hamburgischen Korrespondenten*, nicht nur seine Reichstagsrede vom 16. Juni sondern auch der Artikel, den sein Nachfolger in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* nach seinem Abgang erscheinen liess, sprechen diesen Tatbestand rückhaltlos aus und suchen die von der konservativen Presse geübte Verschleierung zu zerstören. Auch die Sprecher der jetzigen Majorität haben in der Schlussdebatte des Reichstags über diesen Sachverhalt keinen Zweifel gelassen. Sowohl die Konservativen wie das Zentrum haben ihre bedeutendsten politischen Führer erklären lassen, dass sie den Sturz Bülows gewollt haben, weil er die Liberalen bei der Regelung der staatlichen Fragen in Deutschland heranziehen wollte. Nun ist ja im Ernst von einer liberalen Regierung des Fürsten Bülow gar keine Rede; er selbst würde das Wort *liberal* auf das lebhafteste ablehnen. Gar von der Anschauung eines Demokraten und Sozialisten aus mag die Nuance, die zwischen Bülow und seinen früheren Genossen zum Bruch geführt hat, beinahe verschwindend klein erscheinen. Dennoch ist es falsch solche Nuancen aus agitatorischen Motiven zu übersehen und zu verwischen. Die Regierung des Fürsten Bülow beweist, dass ein extrem agrarisches Regiment im heutigen Deutschland auf die Dauer unmöglich ist. Bülow hat den Versuch machen wollen ohne Bruch und in sanfter Schonung der konservativen und rein agrarischen Traditionen dem industriellen und kaufmännischen Element einen stärkeren Anteil an der Regierung zu schaffen. Das ist nicht Liberalismus. Aber es hat Konsequenzen in sich, die mit Notwendigkeit zur Modernisierung und Demokratisierung des Staatswesens führen. Insofern lag sein Versuch auf der Linie, auf der auch unsere Ziele liegen. Freilich liegen diese Ziele unendlich viel weiter als das, was Bülow erstrebte. Ist das ein Grund den Mann zu verspotten, der die Entwicklung der Dinge wenigstens einen Schritt weit in die auch von uns gewünschte Bahn hineindrängen wollte?

Der Versuch, an dem Bülow gescheitert ist, ist schon dreimal vorher in der deutschen Geschichte gemacht worden, jedoch nur einmal mit Erfolg. Als ersten Versuch dieser Art wird man jene liberale Ära der Jahre 1858 bis 1861 ansprechen dürfen. Die Männer, die ihn machten, waren von Haus aus Konservative und Junker, aber sie hatten aus der Geschichte der fünfziger Jahre

gelernt, dass ein einseitig reaktionäres Parteiregiment selbst im damaligen Preussen auf die Dauer nicht möglich war, weil es die auswärtige Politik und das wirtschaftliche Gedeihen des Landes zu sehr erschwerte. Der Versuch musste scheitern, weil ihm die parlamentarische Gruppe gefehlt hat, auf deren Instinkt zur Macht er sich hätte stützen können. Dann hat Bismarck in seiner liberalen Periode von 1867 bis 1877 trotz seiner konservativen Vergangenheit mit der nationalliberal-fortschrittlichen Mehrheit des Reichstags und des preussischen Landtags ein Stück Modernisierung und Industrialisierung des Staatswesens durchgeführt. Es geschah im lebhaftesten Kampf gegen die Konservativen. Und doch ist der Mann, den der Zwang der Verhältnisse in diesen Gegensatz brachte, für seine Person zeitlebens ein konservativer Junker geblieben. Das drittemal hat dann Caprivi die selbe Aufgabe noch einmal versucht. Auch er ist zeitlebens persönlich aus der konservativen Gedankenwelt nicht herausgetreten, wie das sein Eintreten für die preussische Schulvorlage beweist. Gleichwohl ist der Name *Caprivi* für jeden Konservativen beinahe so schlimm wie *Demokrat* oder *Sozialist*. Und auch Caprivi ist gescheitert, weil ihm die zuverlässige Mehrheit im Parlament gefehlt hat.

Als Bülow die Reichskanzlerschaft übernahm, sind die Agrarier ihm zunächst mit Misstrauen und bald mit offener Feindschaft entgegengetreten. Es waren die Tage, da der Abgeordnete Hahn auf der Generalversammlung des *Bunds der Landwirte* mit beabsichtigtem Versprechen vom gegenwärtigen Kanzler als vom »Reichskanzler Caprivi« sprach und auf berichtigende Zurufe aus der Versammlung hin entschuldigend bemerkte: »Na, einer ist ja bald so schlimm wie der andere.« Oder da der selbe Abgeordnete in den Wandelgängen des Reichstags den Zentrumsabgeordneten Szmula bat: »Befreien Sie uns doch von der grässlichen Flotte.« Die Stimmung im agrarischen Lager ist erst umgeschlagen, als Bülow der kompakten Dreiviertelmajorität des Reichstags entgegenkam und einen Zolltarif mit erhöhten Minimalzöllen für Getreide einbrachte. Jetzt lesen wir in der *Frankfurter Zeitung* die Meldung, Fürst Bülow habe bereits im Frühjahr 1903 privatim erklärt, er habe den Antrag Kardorff nur schweren Herzens zur Grundlage seiner Aktion genommen, habe aber gegenüber der Obstruktion der Sozialdemokratie und der dadurch gereizten Stimmung des Kaisers nicht anders gekonnt. Also schon damals muss er, wenn diese Erzählung auf Wahrheit beruht, das Gefühl gehabt haben, dass er dem einseitig konservativen Parteigeist eine zu starke Konzession gemacht habe. Und wiederum drei Jahre später war er sich über die Konsequenzen seiner Haltung so klar, dass er, wie der selbe Berichterstatter erzählt, lachend bemerken konnte: »Ja, Verehrtester, ich sterbe auch noch einmal als Liberaler, und auch die *Frankfurter Zeitung* wird mir einen anerkennenden Nekrolog schreiben müssen.« Das war natürlich ein Scherz. Aber er beweist doch zur Genüge, wie der Zwang, der in den Dingen selber liegt, auch den agrarischen Kanzler dazu geführt hat mit Bewusstsein als Gegner der Konservativen sein Amt zu verlassen. Und wenn Bülow nun Gelegenheit nimmt seinen Zorn gegen die früheren Freunde mit einer in Deutschland ganz ungewohnten Rückhaltlosigkeit auszusprechen, wenn er sie für alle Schäden verantwortlich macht, die aus der Vereitelung seiner rechtzeitig einlenkenden und vermittelnden Politik in Zukunft erfolgen könnten, wenn er ihnen das drohende Wort *Bei Philippi sehen wir uns wieder!* zuruft, so ist mit alledem wenigstens das eine

endgültig klar gestellt, dass er gehen musste, weil er nicht mehr ganz und im einseitigsten Sinn konservativer Parteimann sein wollte, und doch für eine andere Politik keine Mehrheit im Parlament fand.

Durch das Schicksal Caprivis und Bülows ist damit wohl endgültig erwiesen, dass die Modernisierung des deutschen Staatswesens nicht mehr von oben gemacht werden kann. In Österreich ist es noch möglich gewesen, dass eine verfahrenere Situation des Staats dadurch gelöst werden konnte, dass die Regierung selbst im Einverständnis mit den ausserhalb des Parlaments stehenden Massen aus eigener Initiative die Demokratisierung des Staates in die Hand nahm. In Deutschland, das seit mehr als einem Menschenalter das allgemeine Wahlrecht bereits besitzt, wird eine solche Initiative seitens der Regierung, selbst wenn sie überhaupt denkbar wäre, nicht durchgeführt werden können. Die Versuche dieser Art, die man gemacht hat, sind an der fehlenden parlamentarischen Mehrheit gescheitert. Wenn aber diese Mehrheit einmal vorhanden ist, so wird sie sich die Demokratisierung auch von selber erzwingen, ohne dass es einer besonderen Initiative der Regierung dazu bedarf. Das Problem der Politik in demokratischem Sinn bleibt daher immer wieder die Schaffung eines Parlaments, in dem die Linke die Mehrheit hat.

Es wäre natürlich das Schönste, wenn wir sagen könnten, dass wir Sozialdemokraten, allein auf die Arbeiterbevölkerung gestützt, diese Mehrheit erringen werden. Wer die Dinge kennt, wird das aber für lange Zeit hinaus für eine utopistische Hoffnung halten. Natürlich können wir damit rechnen die Zahl der Abgeordneten, über die wir heute verfügen, in absehbarer Zeit auf das Doppelte und Dreifache zu vermehren. Damit aber wird die Majorität im Parlament noch nicht gewonnen. So müssen wir ausserdem damit rechnen, dass wir bei den nächsten Wahlen nicht nur unsere Fraktion sondern die Linke in ihrer Gesamtheit verstärken, trotz aller scharfen Gegensätze, die zwischen uns und den Freisinnigen oder gar zwischen uns und den Nationalliberalen bestehen. Wir haben aus dem Beispiel des Blocks der letzten Wochen gelernt, dass auch Konservative und Polen, so schroff sie sich gerade in den Lebensfragen der polnischen Nation gegenüberstehen, zu zielbewusster und energischer Aktion sich vorübergehend zusammenschliessen vermochten. Man soll vom Gegner lernen, zumal dann, wenn man von diesem Gegner eben besiegt worden ist. Die politischen Zustände in Deutschland werden erst dann gesunden, wenn man es gelernt hat, trotz aller bleibenden Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien, auch auf der Linken zu ähnlich durchgreifenden und rücksichtslosen gemeinsamen Aktionen für bestimmte Fragen zu kommen.

XX
**AUGUST ERDMANN · GÄRUNGEN IM KLRI-
 KALEN LAGER**



RECHT interessante Streiflichter auf die Gegensätze im Zentrums-
 lager wirft die Tatsache, dass am Dienstag nach Ostern in Köln
 eine Besprechung von 10 Zentrumsmännern stattgefunden hat, über
 die erst nachträglich, und zwar zunächst von unbeteiligter Seite,
 Näheres bekannt geworden ist. Am 23. Juni teilte die *Kölnische*
Volkszeitung mit, dass am 13. April in Köln 10 Herren eine geheime Zusammen-